Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unj. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 303. Mittwoch den 30. October 1889. 83. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Donnerstag, den 31. October,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Geschäftszeit für die Abfertigungsstelle des Aichamts für Raumgehalts- und Tarabestimmung bei Fässern zu mehr als 50 Liter wird dahin abgeändert, daß vom 28. l. M. ab das Bringen und Abholen der Fässer nur

Mittwoch und Sonnabends jeder Woche in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr

bewirkt werden darf.

Leipzig, den 21. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 5058. Dr. Georgi. Henichel.

Bekanntmachung.

Bis zur Beendigung des Neubaues des der hiesigen Schwimmanstalts-Actiengesellschaft gehörigen Frauenbades wird von jetzt ab

der von der Schreberbrücke aus über die sog. Heubrücke nach den Schrebergärten führende Weg

für den **unbefugten Verkehr**

gesperrt.

Leipzig, den 28. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Fichten-Deckreisig.

Vom Forstreviere Connewitz werden

ca. **200 Raummeter Deckreisig** à 1,50 ℳ

abgegeben.

Anmeldungen sind an den Herrn Revierförster Schönherr in **Connewitz** zu richten.

Leipzig, am 28. October 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Freitag, den 1. November 1889, Nachmittags 6 Uhr, in deren Sitzungsraume, Neue Börse, Tr. A. I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Abordnung zweier Mitglieder in den **Börsen-Schätzungs-Ausschuß.**
3. Bericht des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über a) die Eingabe des Herrn Alexander Finkelstein in Bukarest, Errichtung eines **bureau judiciaire** in Bukarest betr.; b) das von der Handels- und Gewerbekammer zu **Chemnitz** mitgetheilte Gesuch, **gesetzliche Entschädigung für Eisenbahnschäden** betr.
4. Bericht des Verkehrs-Ausschusses über die Denkschrift des Herrn **C. A. von Engelbrechten, die Handelsbeziehungen zum Orient** betr.
5. Bericht des Zoll- und Steuer-Ausschusses über die Vorlage des Königl. Haupt-Zoll-Amts, **Genehmigung eines Veredelungs-Verkehrs** betr.

Israelitische Religionsgemeinde.

Der diesjährige **Confirmanden-Unterricht** beginnt Montag, den 4. November cr. Anmeldungen nehme ich täglich (außer Sonnabend) in den Vormittagsstunden oder auch schriftlich entgegen.

Rabbiner Dr. Porges, Elisenstraße 7.

Der Rücktritt des Freiherrn v. Stauffenberg.

Nach einer Meldung des „Nürnberger Correspondenten" hat Freiherr v. Stauffenberg die Absicht geäußert, ein Mandat für den Reichstag ferner nicht mehr anzunehmen. Das ist der härteste Schlag, welcher die deutschfreisinnige Partei treffen konnte, denn die Absage des Freiherrn v. Stauffenberg stellt sich als der Ausdruck der Ueberzeugung dar, daß die freisinnige Partei keine Zukunft hat, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgehend einem unerreichbaren Ziele zustrebt. Die Partei würde in große Verlegenheit gerathen, wenn ihr die Frage vorgelegt würde, was sie eigentlich will, denn man kann doch nicht von einem ernsten politischen Standpuncte aus erklären, daß man seine Befriedigung darin findet, der Regierung Verlegenheit zu bereiten. Die Deutschfreisinnigen könnten auf ihr Programm vom 6. März 1884 verweisen, in welchem sie die zweijährige Dienstzeit verlangen und Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode, ein verantwortliches Reichsministerium, Aufrechthaltung der einjährigen Finanzperiode, der jährlichen Einnahmebewilligung und der Redefreiheit, Erhaltung des allgemeinen directen Wahlrechts, Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere durch Bewilligung von Diäten, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewissens- und Religionsfreiheit, gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgesellschaften unter gleichem Recht für alle Bekenntnisse, Wahrung des Vereinsrechts der arbeitenden Classen, Bekämpfung des Staatssocialismus und der gegen Gewerbefreiheit und Freizügigkeit gerichteten Maßregeln, Entlastung der nothwendigen Lebensbedürfnisse von Steuern, keine Zoll- und Wirthschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen, keine Monopole, Gesetzgebung und Aufsicht des Reichs im Eisenbahnwesen.

Aus einer ganzen Reihe der aufgestellten Puncte des Programms war unzweifelhaft zu ersehen, daß die Bildung der neuen Partei gegen den Reichskanzler gerichtet war. Das Verlangen nach Diäten für die Reichstagsabgeordneten, Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode, Bekämpfung des Staatssocialismus, Entlastung der nothwendigen Lebensbedürfnisse von Steuern, gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums, Gleichheit vor dem Gesetze, also Aufhebung des Socialistengesetzes, waren ebenso viel unerfüllbare Forderungen, denen der Bundesrath unter den obwaltenden Verhältnissen seine Zustimmung versagen mußte. Und weil die Undurchführbarkeit und Unzweckmäßigkeit des freisinnigen Programms von den Nationalliberalen sofort erkannt wurde, deshalb versagten sie ihrem Beitritt zu der neuen Partei.

Inzwischen ist Kaiser Wilhelm I. gestorben und die Regierung Friedrich's III. wurde von den Deutschfreisinnigen als die Morgenröthe einer neuen Zeit begrüßt, in welcher die Erfüllung ihrer Wünsche bevorstehe. Die Redner der Partei flossen über von Loyalitätsversicherungen für den Träger der Krone und sie sahen im Geiste schon den Sturz des Reichskanzlers vollzogen. Aber es kam anders, die Regierung wurde in demselben Geiste im Reiche und in Preußen fortgeführt, wie unter Wilhelm I., und als am 15. Juni 1888 Wilhelm II. seinem Vater in der Regierung folgte, stand der Kanzler fester denn je und die von ihm als richtig erkannte Politik blieb die Richtschnur, wie sie es unter Wilhelm I. und Friedrich III. gewesen war, zum Heile des deutschen Reiches.

Freiherr v. Stauffenberg führte den Vorsitz der bei ihrer Gründung 110 Mitglieder umfassenden deutschfreisinnigen Partei, er hatte offenbar die Hoffnung, daß es gelingen werde, auch die Nationalliberalen zum Eintritt in die Partei zu bestimmen, das war aber die unrichtige Voraussetzung, an welcher die Ausführung des Grundgedankens der neuen Parteibildung scheitern mußte. Die deutschfreisinnige Partei sollte das im Jahre 1879 begonnene Werk, welches zur Bildung der Secessionisten-Gruppe geführt hatte, fortsetzen, aber der Grundfehler war der, daß die neue Parteibewegung nach links hin gerichtet war, statt nach rechts. Fürst Bismarck hat sich darüber in der Reichstagssitzung vom 13. März 1884 in folgender Weise geäußert: „Lasker hat der nationalliberalen Fraction, der einzigen, die je den Anlauf genommen hat, eine Majoritätsfraction zu werden, die sich verstärken konnte von rechts oder von links — jede Art geschlossener Regierung wäre besser, als das zerrissene Fractionswesen — diese Möglichkeit zerstört. Er hat es durch seinen Einfluß gegenüber meinen persönlichen und politischen Freunde, Herrn v. Bennigsen, dahin gebracht, daß der rechte Flügel, die sogenannte Gruppe Schauß, austrat, und demnächst ist er bemüht gewesen, die verkleinerte Fraction nach Möglichkeit noch links hinüberzuschieben. Als dies mit der ganzen Fraction nicht gelang, hat er mit der Secession die letzte Schwächung der nationalliberalen Fraction herbeigeführt. Die Entwendung, die 1879 eintrat, gerade als es sich um den Eintritt des Herrn v. Bennigsen in das Ministerium handelte, sehe ich hauptsächlich als ein Werk Lasker's und seiner näheren Freunde an."

Freiherr v. Stauffenberg ist trotzdem im Jahre 1884 in dem Irrthum befangen gewesen, daß die Zeit gekommen sei, das Werk Lasker's durch weitere Verschiebung des Schwerpuncts der liberalen Partei nach links zu vollenden, während der Gedanke der Bildung einer einheitlichen liberalen Partei nur ausführbar gewesen wäre, wenn die nationalliberale Partei die Führung übernommen und die Secessionisten mit der Fortschrittspartei an sich herangezogen hätte. Der Zug der Zeit ging schon im Jahre 1884 ebenso entschieden nach rechts, wie das heute der Fall ist. Das Cartel entspricht dem Zuge der Zeit und deshalb hat es auch auf beiden Seiten auf nationalliberaler wie auf conservativer Seite Anklang gefunden. Fürst Bismarck deutete den Cartelgedanken schon in seiner eben erwähnten Rede vom 13. März 1884 an, indem er die nationalliberale Partei als den Kern bezeichnete, an welchen sich die Parteien von links und rechts ansetzen könnten. Das ist in dem Umfange geschehen, daß die deutschfreisinnige Partei heute zu einem kleinen Häuflein ohne jeden politischen Einfluß zusammengeschrumpft ist und nicht mehr ernst genommen werden kann.

Die kaiserliche Kundgebung für das Cartel gegen die „Kreuzzeitung" hat nicht nur die Kreuzzeitungspartei getroffen, auch die deutschfreisinnige Partei und das Centrum sind davon berührt worden, und der Rücktritt des Frhrn. v. Stauffenberg ist auf diese Kundgebung ebenso zurückzuführen, wie das Ausscheiden des Frhrn. v. Schorlemer aus dem preußischen Landtage. Der Gedanke, die Parteiinteressen dem Gesammtwohl unterzuordnen, hat seit dem 21. Februar 1887, dem Tage, an welchem der jetzige Reichstag gewählt wurde, so sehr an Verbreitung und an Kraft gewonnen, daß wir den bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage mit den besten Hoffnungen entgegensehen können. Was wir vor allen Dingen brauchen und was die große Mehrheit des deutschen Volkes anstrebt, ist ein innerlich gefestigtes und nach außen starkes und widerstandsfähiges Reich. Dazu ist ein nach bewährten Grundsätzen organisirtes Heer nothwendig, nicht aber ein Parlamentsheer, wie es die Deutschfreisinnigen wollen. Zweitens müssen wir Gesetze haben, die uns gegen eine auf Umsturz des Bestehenden bedachte Partei Schutz gewähren, und solche Einrichtungen, welche die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllen. Die Zeit des Frhrn. v. Stauffenberg und seiner Gesinnungsgenossen ist vorüber; sie können sich mit ihren Theorien nicht in unsere auf praktische Ziele gerichtete Zeit hineinfinden.

*

Leipzig, 30. October.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ist in der Lage, das nachstehende, bereits von uns erwähnte Telegramm Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Bismarck zu veröffentlichen:

Fürst von Bismarck.
Friedrichsruh.

Nach herrlichem schönen Ritt hier im alten schönen Athen angelangt. Nach deutschem Empfang von Fürst und Volk war Ihr Telegramm der erste Gruß von der Heimath; herzlichen Dank dafür; sowie mein erstes Wort ins Vaterland ein Gruß an Sie von der Stadt des Perikles und von den Säulen des Parthenon her, dessen erhabener Anblick Mir tiefen Eindruck macht. **Wilhelm.**

* Der „Montagsrevue" zufolge soll die Reise des Grafen Kalnoky zum Fürsten Bismarck erst Mitte nächster Woche stattfinden.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wird um Aufnahme nachstehender Danksagung ersucht:

„Aus Anlaß meines 60. Geburtstages sind mir so zahlreiche schriftliche und telegraphische Glückwünsche von Städten, Corporationen und Privaten zugegangen, daß es mir nicht möglich ist, dieselbe alle einzeln zu beantworten. Ich bitte daher auf diesem Wege meinen verbindlichsten Dank allen Denen aussprechen zu dürfen, die meiner an diesem Tage so freundlich gedacht haben.

Graf Moltke, Feldmarschall."

* Die Frage der Herstellung einer einheitlichen Zeitrechnung gehört mit zu den Problemen der Jetztzeit, welche einer ersprießlichen Lösung nicht nur bedürftig, sondern ohne zu große Schwierigkeiten auch fähig sind, und deshalb bis zu ihrer zweckmäßigen Erledigung auch nicht mehr von der Tagesordnung der wissenschaftlichen Theorie und des praktischen Interesses verschwinden werden. Eine recht eingehende Besprechung dieser Angelegenheit erschien unlängst in der „Revue générale des chemins de fer" von Herrn W. de Nordling; einen bedeutsamen praktischen Schritt in der Richtung auf das Ziel einer deutschen Normalzeit möchten wir in der einstimmig angenommenen Resolution erkennen, welche der Verein für Eisenbahnkunde nach vorausgegangener eingehender Besprechung der für das Verkehrswesen wichtigen Frage über die Einführung einer einheitlichen Zeitrechnung für den inneren und äußeren Dienst des Eisenbahnen Deutschlands gefaßt hat. Dieselbe lautet:

„Der Verein für Eisenbahnkunde in Berlin hält die Einführung einer Normalzeit (Einheitszeit) für den inneren und äußeren Dienst der Eisenbahnen Deutschlands im Interesse eines regelmäßigen und sicheren Betriebes für dringend wünschenswerth und empfiehlt hierfür die mittlere Sonnenzeit des Meridians der Sternwarte, welcher 15 Längengrade östlich vom Meridian der Sternwarte von Greenwich liegt.

Der Verein ist ferner der Ansicht, daß die Einführung dieser Zeitrechnung in Deutschland in juristischer und bürgerlicher Hinsicht von Vortheil ist und dieselbe sich, wie dies in England, Schweden, Nordamerika und Japan der Fall gewesen, leicht vollziehen wird."

Bei der vorgedachten Besprechung wurde, wie ferner mitgetheilt wird, unter allseitiger Zustimmung der Voraussetzung Ausdruck gegeben, daß mit der Einführung einer einheitlichen Zeit im Eisenbahndienst zugleich eine solche in juristischer und bürgerlicher Hinsicht stattfinden werde.

* Es ist in gewissen gefühlsseligen Kreisen Mode, die Anwendung der körperlichen Züchtigung als Disciplinarstrafmittel, als einen Ueberrest barbarischer Zeiten zu bezeichnen und demgemäß kann es kein Befremden erregen, daß Ausführungen über diese sowie über den Lattenarrest, welche sich in dem jüngst veröffentlichten Lehrbuch der Gefängnißkunde von Strafanstaltsdirector Krohne finden, in einem Theile der Presse als Beweis dafür betrachtet werden, daß in dem Strafvollzugswesen Preußens Zustände herrschen, welche eines civilisirten Staates nicht würdig seien. „Wir gehören gewiß nicht zu denjenigen, welche für die Peitschenstraße schwärmen (so führt die „Kölnische Zeitung" aus) und des Strafvollzugs höchste Weisheit in der Anwendung der Peitsche und des Stockes erblicken; allein man geht unseres Erachtens doch entschieden zu weit, wenn man dem Strafvollzug die nothwendigen Zuchtmittel auch gegenüber dem schwersten und verkommensten Verbrecherthum entziehen will, das durch keine anderen Mittel in Zucht und Ordnung gehalten werden kann. Der Umfang, in welchem in den preußischen Strafanstalten von der körperlichen Züchtigung als Disciplinarstrafe Gebrauch gemacht wird, ist ein sehr mäßiger, in den letzten Jahren betrugen die Fälle nicht mehr als 130. Durch die Ministerialverordnungen und Anweisungen ist Sorge dafür getragen, daß dieselbe nur in den allerschwersten Fällen zur Anwendung gelangt, und daß die Gesundheit des Sträflings durch ihre Vollstreckung keine Einbuße erleide; das Gleiche ist von der Anwendung des Lattenarrestes zu sagen. Das im Uebrigen sehr beachtende Buch Krohne's leidet bei der Betrachtung dieses Gegenstandes an einer gewissen Mattherzigkeit und Gefühlsüberschwenglichkeit, welche sich in den Kreisen der Strafvollzugsbeamten zwar immer noch vorfindet, von der neueren Richtung in der Strafrechtswissenschaft aber ganz entschieden verdammt wird, und wir glauben schwerlich, daß die preußische Gefängnißverwaltung geneigt ist, den Wünschen des Verfassers auf Beseitigung dieser Disciplinarstrafen Folge zu leisten. Man verkennt ganz entschieden unsere Zeit und ihre Bedürfnisse, wenn man die Abschwächung der dem Staat eine geräumten Zuchtmittel für erforderlich erachtet; in einer Zeit, in welcher die schlimmsten Rohheits- und Brutalitätsverbrechen sich in dem bedenklichsten Maße vermehren, in welcher die Strafrechtspflege sich gradezu machtlos erweist, der Messerhelde und Raufbolde Herr zu werden, ist es wahrlich nicht räthlich, die Strafvollzugsbehörden in die Unmöglichkeit zu versetzen, wenn es sein muß, auch durch die empfindlichsten Leibesstrafen Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten."

* In diesen Tagen beginnen in Berlin die Berathungen der von der Reichsregierung einberufenen Sachverständigen über den Entwurf eines Warrantgesetzes. Zuzuziehen zu diesen Berathungen sind u. A. die Reichstagsabgeordneten Dissens-Hamburg, v. Wedell-Malchow, Director Thorsen vom Phönix, Präsident der Handelskammer Gögg-Aigand zu Frankfurt a. M., Lürmann-Bremen, Meßerer-Hamburg, Geheimer Commerzienrath Frenzel, Präsident der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft.

* Dem am 24. d. M. verstorbenen Professor Aubert widmet der „Reichs- und Staats-Anzeiger" folgenden Nachruf:

Am 24. d. M. verstarb zu Berlin im 71. Lebensjahre der frühere Hülfsarbeiter im Auswärtigen Amt, Professor Aubert. Derselbe, zu Nantes geboren, kam bereits in den sechziger Jahren nach Berlin und war hier seit 1867 innerhalb thätig. Im Hinblick auf seine hervorragenden Kenntnisse auf historischem und historisch-politischem Gebiete wurde er im Jahre 1873 zum Mitglied der Prüfungs-Commission für das diplomatische Examen berufen und ihm durch Patent vom 5. Februar 1874 der Professortitel verliehen. Am 12. März 1880 wurde ihm eine etatsmäßige Stelle im Secretariat des Auswärtigen Amts übertragen, und er am 8. Mai 1882 zum ständigen Hülfsarbeiter bei dieser Behörde ernannt. Als solcher war er vorwiegend mit der Redaction von Schriftstücken in französischer Sprache betraut. Das Auswärtige Amt und die Prüfungs-Commission für das diplomatische Examen verlieren in dem Dahingeschiedenen ein Mitglied von hoher wissenschaftlicher Bildung und bewährter Pflichttreue und Tüchtigkeit.

* Die Münchner „Allgemeine Zeitung" erhält aus Berlin von guter Hand folgende Zuschrift:

„Die Breslauer Gustav Freytag-Stiftung: Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone ist von der gesammten Presse so wichtig genommen worden, daß die bedeutendsten Zeitungen, an dem Tage Beiprechung und Auszüge brachten, an welchem die Exemplare an den Buchhandel versandt wurden. Der Verleger hat also genau gleichzeitig expedirt, denn der Verfasser hält dem allem so fernst, daß er selbst lieber nicht zu den Ersten gehört, die Exemplare erhalten, daher auch persönlich an ihn eingegangene Gesuche um Inhaltsangaben nicht befriedigen konnte. Er würde das aber auch nicht gethan haben, weil er vor nichts mehr Scheu hat, als vor Erweckung zu großer Erwartungen. Die kurze Vorrede in dem Heft spricht das in der am Freytag gewählten Bescheidenheit deutlich aus und besagt, daß es sich nur um Klarstellung der Kaiser-Idee handelt. Alles Uebrige ist gleichsam nur der Rahmen zu diesem Bilde, doch lag dem Verfasser auch daran, zu zeigen, daß Hohenzollerischer Vorgänge, wie den Zoll-Wacter, zu etwas Fremdem, was sie gar nicht sind. Die gegebene Aufklärung ist die einfachste von der Welt, wurde aber in der Hitze des Gefechts darüber nicht als die natürlichste gefunden. Freytag verschmäht auch nicht seine der Kaiser-Idee entgegenstehenden Ansichten, seine Befürchtungen vor fanatischen Ueberhebungen darzulegen, noch einer Zeit, in welcher das Gegentheil zu Tage getreten ist. Aber er thut das in seiner Eigenart, in seiner Schreibweise, welche noch frisch in Gedächtniß lebende Vorgänge fast in das Colorit der Bilder aus der deutschen Vergangenheit kleidet. Wie schon am Tage der Gesammtbesprechung sich einzelne parteiliche Betrachtungen vordrängten, so wird es nicht ausbleiben, daß durch Zerpflückung des Inhaltes der Freytag'schen Broschüre Sonderinteressen zu diesen versucht werden wird. Das wird die nicht berühren, welche die Sache am nächsten angeht, und wie es am Schlusse der Vorrede heißt, daß der domestic Kronprinz und nachherige Kaiser Friedrich die Absicht des Verfassers, den er zu freundschaftlicher Berathung heranzogen, verstanden und gewürdigt habe, so gilt das gleiche von dem Sohne und Nachfolger, von Kaiser Wilhelm II., welcher die Freytag'sche Schrift vor der Veröffentlichung eingesehen und gebilligt hat, ohne daß der Verfasser Veranlassung dazu gegeben hätte. Diese Thatsache, welche sich bisher der Oeffentlichkeit entzog und die nur durch einen Zufall zu unserer Kenntniß gelangte, erscheint uns danach angethan, allen Sonderansprüchen und Auslegungen die Spitze abzubrechen, aus welch einzigem Grunde wir darauf hinweisen."

* Nach einer auf Veranlassung des Cultusministers über das Stipendienwesen auf den preußischen Universitäten veranstalteten Statistik erhalten im Durchschnitt aller Facultäten und mehrerer Semester über 36 Procent der auf den Universitäten studirenden Preußen Unterstützungen. Es stimmt dies auch mit der bereits früher erwähnten Thatsache, daß mindestens 40 Procent unserer Studirenden aus Berufsschichten stammen, welche an irdischen Glücksgütern nicht Ueberfluß zu haben pflegen. Der Procentsatz der Unterstützten in den einzelnen Facultäten ist ein verschiedener. Die zahlreichsten unterstützten Studenten befinden sich in der theologischen Facultät, dann folgt die medicinische, dann die philosophische und zuletzt die juristische.

* Die bereits telegraphisch erwähnte Erklärung der „Coburger Zeitung" hat folgenden Wortlaut:

„Die durch verschiedene Blätter gehende Nachricht: Se. Hoheit der Herzog habe, nachdem Rechtsanwalt Harmening in Jena eine ratifizirende Erklärung abgegeben, von der gegen den Letzteren gerichteten Anklage wegen Majestätsbeleidigung Abstand nehmen lassen — ist in beiden Punkten unwahr. Weder hat Herr Harmening eine Erklärung abgegeben, noch ist höchsten Orts irgend ein Antrag behufs Einstellung des Strafverfahrens erfolgt. Ganz abgeschmackt ist die im neuesten „Gothaischen Tageblatt" enthaltene (einer Berliner Zeitung entnommene) Version, als sein „anscheinend im Auftrag" Berufener gemacht worden, Herrn Harmening zu einer Erklärung zu veranlassen. Nichts hat ferner gelegen."

* Ueber die Wahl in Brighton, bei welcher die Gladstoneaner eine Niederlage erlitten haben, erhält die „Kölnische Zeitung" folgende Mittheilungen:

Nachdem die Abstimmung in Brighton am 26. October Abends um 8 Uhr abgeschlossen worden, versammelte sich eine zahllose Menge um das im Mittelpunct der Stadt gelegene Rathhaus, pfeifend, brüllend, die Candidaten abwechselnd hochleben lassend, bis um 11 Uhr die Stimmenzählung fertig war und das Ergebniß auf einem grünen Vorhang am Thor des Rathhauses angeschlagen wurde. Großer Enthusiasmus der Gladstoneaner, maßenhafter Jubel der Unionisten, die in der Erwägung, daß Sir Robert Peel beim Volke ebenso beliebt, wie Lober wenig bekannt war, immerhin eine Mehrung ihrer früheren Mehrheit um wenigstens 1500 Stimmen geschätzt hatten. Diese Minderung betrug indessen im Vergleiche zu der Wahl von 1886 nur 735 Stimmen. Die Gladstoneaner haben den einen Trost, daß die Zahl ihrer Wähler von 2633 im Jahre 1886 auf 4625, also um 1000 gestiegen ist; im Uebrigen aber beweist diese Brightoner Wahl, daß die Gladstoneanische Reaction der jüngsten Zeit nicht durchgreifend und ein allgemeiner Schluß von dem Ausfall der bisherigen Ergänzungswahlen auf die Stimmung des ganzen Landes nicht stattfindet. Sir Robert Peel, der sonst seinen Muth nicht leicht sinken läßt, war durch den Ausfall der Wahl so betreten, daß er aus dem Rathhause stürzte, ohne die herkömmliche Trostrede zu halten, während Lober im Triumphe vom Rathhause zum Pavilion-Hotel begleitet wurde, von dessen Balkon er den Wählern dankte.

* In Falcarragh und Gweedore sind seit einigen Tagen auf dem Olphert'schen Gütercomplex von Newport Pächterausweisungen im Gange. Etwa 80 Polizisten und ebenso viele bewaffnete Soldaten begleiten die Gerichtsvollzieher, welche mit dieser traurigen Arbeit betraut sind, deren Ausführung etwa 14 Tage wegnehmen dürfte. Ernstlicher Widerstand wird nicht geleistet.

Zur Kaiserreise.

* Dem Vernehmen nach werden der Kaiser und die Kaiserin bis zum 31. d. M. in Athen verbleiben und an diesem Tage ihre Reise nach Konstantinopel antreten, woselbst die Ankunft voraussichtlich am 2. November erfolgen dürfte. Der Rückweg von Konstantinopel nach Berlin dürfte, wie nun auch aus Berlin verlautet, voraussichtlich über Italien erfolgen.

Ueber die Hochzeitsfeierlichkeiten in Athen berichtet Ludwig Pietsch in der „Vossischen Zeitung". Wir geben diesen Bericht zur Ergänzung der bisherigen Wolff'schen Telegramme:

* Athen, 28. October. Gestern, Sonntag, zwischen 11 und 12 Uhr ist die Trauung des hohen Paares mit allem Pomp und Ceremoniell des griechischen Ritus in der Metropolitankirche und fast unmittelbar darauf nach evangelischem Ritus in der Schloßcapelle vollzogen worden. Seit der Morgenfrühe begannen die Truppen sich in den Straßen zu formiren. Glockenläuten, Musikgeschmetter klang durch die heiße, stauberfüllte Luft. Von den Häusern, den Triumphbogen, den Tribünen wehten griechische und deutsche Banner. Der Platz vor dem Schloß, vor der Hauptkirche, die Fenster, Dächer, Balcone, die geschmückten Tribünen des Platzes gegenüber waren dicht gefüllt bei glühend herniederbrennendem Sonnenschein.

Die Metropolitankirche, vor 30 Jahren errichtet, ist ein nach Vorschrift des griechischen Cultus gebauter Bau mit verhältnißmäßig Langhaus. Die Apsidenkirche ist durch eine Bildermand mit geschnitzten Thüren vom vorderen Raum getrennt. Alle Wand- und Gewölbflächen sind mit Christus-, Marien- und Heiligenbildern byzantinischen Stils auf Goldgrund bemalt. Den Altartisch mit kleinen Füßen bedeckt ein silbergestickter, goldbefranzter Tuch aus Goldstoff. Davor ist das Bestatt aufgestellt. Ein blau gemusterter, rosenbestreuter weißer Teppich bedeckt die Stufen der Erhöhung. In die hohen rundbogigen Fenster sind kleine runde Scheiben farbigen Glases eingesetzt, durch welche das Sonnenlicht dunt gefärbt in den Raum einfällt. Gleichzeitig verbreiten zahllose Kerzen auf Altarleuchtern, hohen vergoldeten und versilberten Candelabern, goldenen niederhängenden Ampeln und Krystallleuchtern rätselhaftes Lichtschimmer durch das Gotteshaus.

Nicht und nicht füllten sich die Seitenschiffe des Langhauses, die den Damen vorbehaltenen Emporen darüber und die Seitenräume nördlich und südlich vom Altar mit eingeladenen Zuschauern der Ceremonie. Die Nordseite wurde weg den Herren und Damen